

Geht es bei Windkraft nur um Profit?

Energiewende Für BUND vernachlässigt rot-grüne Landesregierung Natur- und Artenschutz – Ministerin Lemke wehrt sich Von unserem Redakteur Volker Boch

Rheinland-Pfalz. Beim Ausbau der Windenergie im Land geht es „nur noch um die Rendite“. Diesen Vorwurf richten Naturschützer an die rot-grüne Landesregierung. In einem exklusiven Gastbeitrag für unsere Zeitung beklagt BUND-Aktivist Harry Neumann, dass Natur- und Artenschutz bei der Energiewende zu kurz kommen. Dem widerspricht Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. Die Grünen-Politikerin spricht in ihrem Gastbeitrag von einem „maßvollen Neubau“ von Windkraftanlagen, der notwendig sei.

Die Kluft zwischen Naturschützern und Politik wird offenbar immer größer. Aus Sicht der Naturschützer wird unter dem Deckmantel der Energiewende politisch eine „Goldgräberstimmung“ über die Maßen forciert. Neumann bezieht sich als Vize-Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Westerwald bei seiner Kritik unter anderem auf ein Gutachten des Fraunhofer-Instituts, das seit Mai 2011 – auch unserer Redaktion – vorliegt.

Streit um Gutachten

Darin wird festgestellt, dass 1 bis 2 Prozent der Landesfläche zur Nutzung durch Windkraftanlagen ausreichen, um die Windkraftziele der Landesregierung zu erreichen. Laut einer zweiten Analyse des Instituts kommen 4,1 Prozent der Landesfläche problemlos für die Nutzung durch Windkraft infrage – ohne Wald- und sogenannte nutzbare Schutzflächen.

Diese Gutachten werden nach Auffassung der Naturschützer fahrlässig missachtet. Sie konterkarieren wohl die ehrgeizigen Pläne der Landesregierung. Auch wenn die Analysen Eingriffe im Wald nicht für erforderlich halten, erklärten Lemke und Umweltministerin Ulrike Höfken im Spätsommer: „Die windstärksten Standorte befinden sich in den bewaldeten Höhenlagen unseres Landes, diese Chance wollen wir nutzen.“ Lemke erklärte indirekt, dass die Energiewende nur mit Windkraft im Wald geschafft werden kann. Um die Stromversorgung im Land bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu bestreiten, „brauchen wir die windstärksten Standorte“. „Und diese befinden sich überwiegend im Wald, in der Regel im Kommunalwald.“ Kritiker sehen darin die Abkehr von Naturschutz und Landschaftspflege.

Energetische Sanierung gefordert

Lemke schreibt im Gastbeitrag für unsere Zeitung, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien „alternativlos“ ist. Grundlage sei der maßvolle Neubau von Windrädern. Naturschützer sagen jedoch: Genau das Gegenteil betreibt die Landesregierung. Neumann fordert, dass „dieser Ausbau gelenkt vor sich geht“. Eine nachhaltige landesplanerische Entwicklung sei aber nicht in Sicht.

Massive Kritik wird beim Thema Energiesparen laut. „Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird“, sagt Neumann. Die staatseigene Förderbank KfW hat kürzlich gefordert, dass bei öffentlichen Gebäuden rund 75 Milliarden Euro investiert werden müssten. „Damit die Energiewende gelingen kann, muss endlich energetisch saniert werden“, sagte KfW-Chefvolkswirt Norbert Irsch. Der Tenor der Kritik lautete: Dort, wo die Politik bei der Energiewende dringend ansetzen muss, hinkt sie enorm hinterher. Tages-Thema:

Schlagabtausch Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 19. Januar 2012, Seite 1